

13.33

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Eigentlich wollte ich mich gar nicht mit den Argumenten der FPÖ auseinandersetzen, weil das bei Ihnen alles so schön zusammenpasst: Sie wollen sich abschotten. Sie wollen aus allen internationalen Verträgen aussteigen, ob das die Flüchtlingskonvention ist, ob das der Klimavertrag ist. Sie wollen raus aus der EU. Sie wollen die Grenzbalken runterlassen. Ihre Argumente haben eigentlich mit der Klimadiskussion auf einem fachlichen Niveau gar nichts zu tun, sondern sind nur Ausdruck Ihrer Abschottungsstrategie – und nichts anderes. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Deimek.)*

Ja, es ist so widersprüchlich. Ich möchte gerne wieder ein bisschen etwas von der positiven Stimmung hereinholen, die dieser eigentlich historische Moment beim Abschluss des Pariser Klimavertrags erzeugt hat. Da gab es etwa Aussagen wie jene von François Hollande, der gesagt hat: „Wir haben heute die beste und friedlichste Revolution geschafft – eine Revolution für den Klimaschutz“ *(Abg. Deimek: Hat der schon unterschrieben?)*, oder jene von Christiane Brunner: „Das Zeitalter der fossilen Energie ist vorüber.“ – Das muss doch ganz in Ihrem Sinne sein! *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Zug in Richtung weltweiten Klimaschutz hat den Bahnhof verlassen, den kann auch kein Republikaner mehr aufhalten. Und es wird auch ein Präsident Trump diesen Klimavertrag nicht unterzeichnen *(Abg. Kogler: Der kann eh nicht richtig schreiben!)*, weil er schon unterzeichnet ist, nämlich von Präsidenten Obama. Und es wurde auch angekündigt, dass dieser auch von China und von Indien noch in diesem Jahr ratifiziert wird.

Wenn wir jetzt nicht ratifizieren würden, hätte das unter diesen Bedingungen zur Folge, dass wir bei dem ganzen Prozess nicht mitreden können, weil dann der Vertrag in Kraft getreten ist. Deswegen begrüße ich die heutige Ratifizierung ausdrücklich und halte das für vernünftig, denn wir wollen nämlich mitreden und uns nicht abschotten, im Gegensatz zu anderen in diesem Haus. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Ich glaube, dass Klimaschutz, Klimaschutzpolitik einen ganz tiefen weltgesellschaftlichen Hintergrund haben. Der Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen, vernichtet Tausende Tier- und Pflanzenarten, verschärft Kriege, verschärft und befeuert globale Ungerechtigkeiten, wird auch Fluchtgrund für Millionen von Menschen. Und hier so zu tun, als wäre das in Österreich nicht

angekommen, ist das Verschließen der Augen vor der Realität. Gerade der ländliche Raum hat, wenn man sich das letzte Jahr anschaut, dramatisch gelitten. Die Hitzetage, die wir im August 2015 hatten, waren insgesamt mehr als die gesamten Hitzetage in den zehn Jahren vorher. Und das sind Superhitzetage – das heißt, dass die Temperatur auf über 35 Grad ansteigt und auch in der Nacht nicht mehr unter 30 Grad abkühlt.

Die anhaltende Trockenheit hat in der Landwirtschaft sehr, sehr schwere Schäden hervorgerufen. Wir wissen auch, wie man sich im Bereich des Wintertourismus bereits Gedanken macht, Sorgen macht. Das ist alles ländlicher Raum. *(Abg. Deimek: Ich kenne die Grünen eher als die, die den Tourismus verhindern!)* Wir reden auch über Waldbrände – und nicht im August, sondern es gab im Jahr 2015 zu Weihnachten die reale, akute Gefahr von Waldbränden in Österreich. Das spielt sich alles im ländlichen Raum ab. Und ich glaube, das sind Dinge, die man schon auch mit Sorge mit hineinnehmen kann in diese Diskussion. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir sind jetzt schon bei plus 1 Grad. Das heißt für Österreich – hier muss man es immer doppelt rechnen, denn bei uns gibt es mit den Alpen und dem Alpenraum eine Sondersituation –, wir haben bereits jetzt im Mittel plus 2 Grad. Plus 2 Grad, das bedeutet schon Millionen Nächtigungen im Wintertourismus weniger. Millionen Nächtigungen im Wintertourismus weniger! Wir können das nicht wollen. Wir können uns nur beteiligen und darauf hinarbeiten, dass es weltweit zu effizienten und wirksamen Klimaschutzmaßnahmen kommt.

Und ich glaube auch – und da bin ich nicht die Einzige, die das glaubt, das glauben mittlerweile die gesamten Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker –, die hohe Zahl von Arbeitslosen, die Verschwendung von Steuergeld für umweltschädliche Subventionen, das kann man alles mit einer vernünftigen Klima- und Steuerpolitik in den Griff bekommen. Und damit eröffnen wir sehr viele Spielräume, auch finanziell, zum Beispiel für Wohnbauoffensiven oder für ganz wichtige Investitionsprogramme, um Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Welt will die Klimakrise überstehen, das hat sie in Paris auch deutlich gemacht. Das war ein großer Erfolg für die Staatengemeinschaft – nach dem Scheitern über viele, viele Vertragsstaatenkonferenzen –, und es war auch eine Meisterleistung, dass das so geglückt ist, dass jetzt wirklich alle mit dabei sind. Es ist eine riesige Herausforderung, und das bedeutet für uns, dass wir im Jahr 2050 – um das nur einmal zu verdeutlichen – die gesamte Wirtschaft, unsere gesamte Lebensweise auf 100 Prozent erneuerbare Energieträger umgestellt haben müssen – alles: den Verkehr,

das Wohnen, das Heizen, den Konsum. Das heißt auch: raus aus Plastik!, um das auch noch einmal zu benennen, und das bedeutet auch eine komplette Umorientierung der industriellen Landwirtschaft. Auch ein Aus für die Massentierhaltung bedeutet das. Das ist mit Klimaschutz in dieser Form nicht vereinbar.

Das ist eine riesige Herausforderung, aber auch eine riesige Chance. Wenn wir uns anschauen, ... *(Zwischenrufe der Abgeordneten Grillitsch und Prinz.)* – Sie können sich gerne noch zu Wort melden. Aber wir können gerne über die ökologische Ausrichtung ... *(Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Grillitsch.)*

Da wachen Sie immer auf! Immer dann, wenn irgendetwas mit Landwirtschaft ist, kommt ein Zwischenruf. Haben Sie mir zugehört, was Klimaschutz bedeutet? – Das bedeutet den vollständigen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis zum Jahr 2050. Das bedeutet auch das Aus für industrielle Massentierhaltung und das bedeutet auch das Ende von Plastik. *(Beifall bei den Grünen. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Unverständnis bei der ÖVP! Wenn es um Landwirtschaft geht und wenn da irgendetwas geändert werden muss, dann geht man sofort in die Verteidigungshaltung. Da darf man einfach nichts ändern.

Ich sehe es als eine riesige Chance für unser Land. Zum Glück stehen wir auch nicht am Anfang. Es gibt – europaweit beobachtbar – sehr positive Entwicklungen in der Ökoindustrie. Das war eine der wenigen Branchen, die sehr gut durch die Krisenjahre gekommen sind.

Was regt denn Sie da eigentlich so auf? Sind Sie die Verteidiger der Massentierhaltung der ganzen Welt, oder was? – Das ist ja unglaublich! *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Auch über unseren Ernährungsstil kann man diskutieren.

Wir müssen jetzt darangehen, die Energiewende wirklich auch konsequent zu betreiben, auch umzusetzen. Und da bin ich bei einem etwas kritischeren Punkt: Wir sind nicht zufrieden mit dem, was seit Paris in Österreich geschehen ist. Es ist im Wesentlichen kein Beistrich. Ich meine, die Enquete hat es gegeben, aber die Enquete war eine Diskussion. Wir hätten gerne auch konkrete Änderungen in der Politik gesehen, allem voran auch im Budget.

Im Budget haben wir leider zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei den wichtigen Klimaschutzinstrumenten, die Tausende Arbeitsplätze in Österreich sichern – und das war sogar in den Budgetunterlagen ausgeführt –, die Sparvorgaben

7 000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren kosten. Das war sogar in den Budgetunterlagen zu lesen. Und trotzdem wurde der Umwelt- und Energiefonds gekürzt, und auch die Klima- und Energieförderung im Inland wurde gekürzt – all die wichtigen Instrumente, die wir eigentlich brauchen, um jetzt aus den Krisenjahren etwas Positives zu machen.

Da meine Redezeit heute, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, leider schon zu Ende ist und damit auch meine Redezeit für diese Tagungsperiode, möchte ich noch ein ganz wichtiges Anliegen an Sie, Herr Umweltminister, richten, da der Energieminister nicht hier ist: Für uns Grüne ist die Energiepolitik der Schlüssel, und wir meinen, man könnte in der Sekunde das Ökostromgesetz novellieren, neu aufsetzen, und man könnte in der Sekunde, was Energieeffizienz betrifft, auch in Österreich von jetzt an etwas besser machen.

Doch leider geschieht das nicht, und das ist bedauerlich. Mir reicht es einfach nicht, dass bei Enqueten sehr viel geredet wird, ich meine, Taten sind jetzt gefragt! Und es wäre schön gewesen, hätten wir vor dem Sommer zumindest noch das Ökostromgesetz novelliert, um all den Anlagenbetreibern, die jetzt in der Warteschlange stehen – alles österreichische Planungsbüros, alles österreichische Unternehmen, alles österreichische Ingenieure/Ingenieurinnen, die im Moment auf Aufträge warten –, bei der Umsetzung ihrer Projekte, deren es Hunderte gibt, zu helfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

13.41

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Pock. – Bitte.